Abend-Ausgabe. Nr. 85 Freitag, 19. Februar 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,7 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 5: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Blums finanzpolitische Sorgen

Volksfrontpolitik in der Sackgasse

Gerüchte über eine Kabinettsumbildung

Paris, 19. Februar.

Ministerpräsident Blum hatte am Donnerstag eine längere Besprechung mit Finanzminister Vincent Auriol und Kriegsminister Daladier. Obgleich der Gegenstand dieser Unterredung amtlich nicht bekanntgeworden ist, vertreten die Pariser Blätter die Ansicht, daß es sich um die Schwierigkeiten gehandelt habe, denen die Regierung besonders auf finanzpolitischem Gebiet gegenüberstehe.

Das Dementi des französischen Ministerpräsidenten, wonach er weder beabsichtige, sein Kabinett umzuformen, noch in der Kammer oder im Senat eine Erklärung abzugeben, hat natürlich die Auseinandersetzungen in der Presse nicht zum Schweigen gebracht. Im Gegenteil, die Ankündigung des ehemaligen Ministerpräsidenten Flandin, von Blum eine Darlegung der allgemeinen Politik seiner Regierung vor der Kammer zu fordern, hat wie Wasser auf die Mühlen gewirkt und die Blätter veranlaßt, sich noch eingehender mit den innerpolitischen Schwierigkeiten zu beschäftigen. Aus den Ausführungen der verschiedenen Blätter geht deutlich hervor, daß sich in allen Bevölkerungsschichten steigende Unzufriedenheit bemerkbar macht.

Der „Jour" erklärt, daß man in gewissen politischen Kreisen die Ansicht vertrete, der Ministerpräsident könnte im Anschluß an die Ausführungen Flandins eine Umbesetzung seines Kabinetts vorsehen, und zwar selbst auf die Gefahr hin, die Kommunisten zu verlieren. Andere wieder, insbesondere die Radikalsozialisten seien dagegen der Ansicht, daß das Ziel Blums die Schaffung eines sozialdemokratisch-kommunistischen Blocks sei, in dem er die Führung übernehme. Der „Jour" selbst teilt diese Ansicht und glaubt nicht, daß Blum jemals eine Maßnahme treffen werde, die die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront zerstören könnte. Wenn eine Krise ausbrechen sollte, sei es durch Austritt der Radikalsozialisten aus der Regierung, oder, was wahrscheinlicher sei, durch einen Gesamtrücktritt des Kabinetts, so werde Blum sich sehr wahrscheinlich weigern, in eine neue Regierung einzutreten.

Das „Echo de Paris" erwartet auch von einer Umbesetzung gewisser Ministerposten keine Besserung der Lage. Eine Besserung könne nur durch vollständige Gesundung der innerpolitischen Lage herbeigeführt werden. Erste Vorbedingung dafür sei die Auflösung der Volksfront und der Rücktritt der Regierung. Das „Journal" rechnet jedoch nicht mit einer solchen Möglichkeit, sondern glaubt vielmehr, daß Leon Blum sich gezwungen sehen werde, sein ursprüngliches Programm zu ändern. Es sei wahrscheinlich, daß der Ministerpräsident die Ueberzeugung gewonnen habe, daß er auf der augenblicklichen Grundlage nicht weiterarbeiten könne. Die Notwendigkeit einer Aenderung des Systems sei unbestreitbar. Auch die vernünftigen Parlamentarier der Volksfront hätten eingesehen, daß sie sich in eine Sackgasse verlaufen hätten. Hieraus erkläre sich auch der Versuchsballon von der sogenannten „Pause".

Frankreichs Kampf gegen den Preiswucher

Paris, 19. Februar.

Der vom Ministerrat angenommene Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Preissteigerungen bestimmt, daß als ungerechtfertigte und strafbare Preissteigerung jede Erhöhung der Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, Lebensmittel, Waren und Dienstleistungen über die am 1. Juli 1936 in Geltung befindlichen Preise anzusehen ist, falls sie sich nicht durch ein Anziehen der Rohstoffpreise oder durch ein Steigen der sozialen Ausgaben rechtfertigen läßt. Die Erzeuger und die Großhändler müssen ihre Preise von der Ueberwachungsstelle genehmigen lassen. Ungerechtfertigte Preissteigerungen im Großhandel werden mit Geldstrafen von 500 bis 100 000 Franken bestraft, im Zwischen- und Einzelhandel mit Geldstrafen von 16 bis 500 Franken. Bei Rückfall kann außer der Geldstrafe eine Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu drei Jahren verhängt werden. Die Preisüberschreitungen, die der Preisüberwachungsausschuß feststellt, finden ihre Aburteilung vor einem besonderen Preisgerichtshof. Gegen das Urteil gibt es keine Berufung.

Ausstellung trägt die Lohnerhöhungen

Paris, 19. Februar.

Die Lohnforderungen der Bauarbeiter auf dem Pariser Ausstellungsgelände wurden am Donnerstag zwischen dem Generalsekretär im Ministerpräsidium und den Bauunternehmern besprochen. Der Generalsekretär teilte den Unternehmern mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Löhne für sämtliche Arbeiter um 1 Franken je Stunde heraufzusetzen. Für die Sonnabend- und Sonntagsarbeit solle eine zusätzliche Erhöhung von 2,50 Franken je Stunde gewährt werden, für die Nachtarbeit in der Woche eine Erhöhung von 8,50 Franken und für die Nacht zum Sonntag sowie die Nacht zum Montag eine zusätzliche Erhöhung von 5 Franken je Stunde. Die Bauunternehmer weigerten sich jedoch, diese neuen Lasten zu tragen und ließen sich auch nicht durch die Drohung einschüchtern, daß der Staat die gesamten Bauarbeiten in Regie nehmen werde. Schließlich wurde vereinbart, daß die Unternehmer in der kommenden Woche die Kosten der Lohnerhöhung verauslagen und das Geld von der Ausstellung zurückerhalten. In Zukunft wird dann die Ausstellung die finanzielle Neubelastung selbst tragen.

Die Streikflut in Frankreich steigt weiter

Paris, 19. Februar.

Aus Valenciennes in Nordfrankreich wird gemeldet, daß 2400 Arbeiter eines Industriewerkes in den Ausstand getreten sind und die Fabriken besetzt haben. Ein starkes Aufgebot Gendarmerie und Mobilgarde ist an Ort und Stelle eingetroffen. In Epinal sind am Donnerstag die städtischen Angestellten der öffentlichen Verkehrsmittel in den Ausstand getreten.

Verstaatlichung französischer Rüstungswerke

Paris, 19. Februar.

Ein im „Journal Officiel" vom 16. Februar erschienener Erlaß verfügt zugunsten des Staates die Enteignung der Werksgruppen Le Havre, Harfleur und Le Hoc der Schneider & Cie. — Le Creusot, soweit sie der Herstellung von Kriegsmaterial dienen. Die Enteignung betrifft die bebauten und unbebauten Grundstücke, Material, Werkzeug und Vorräte jeder Art einschließlich der in Arbeit befindlichen Stücke und das Mobiliar.

Baldwin gibt Fehlschlag des Kollektivgedankens zu

Der englische Ministerpräsident schließt die Rüstungsaussprache im Unterhaus

London, 19. Februar.

Die Rüstungsaussprache im Unterhaus wurde im Namen der Regierung durch Ministerpräsident Baldwin abgeschlossen. Er erklärte, daß es sich lediglich um die Behebung der englischen Rüstungsmängel handle und daß man Uebertreibungen vermeiden müsse. Trotz erhöhter Verpflichtungen sei die englische Armee nach den neuen Vorschlägen kleiner als 1914. Auch die Flotte werde trotz der vorgeschlagenen Verstärkungen bei weitem nicht so groß sein wie 1914. Eine tatsächliche Verstärkung werde bei der Luftwaffe durchgeführt. Er glaube, daß es die Ansicht jeden Engländers sei, daß England eine gewaltige Luftstreitmacht besitzen müsse. Aehnlich verhalte es sich mit der Verteidigung gegen Luftangriffe.

Der Ministerpräsident stellte fest, daß England in keiner Weise an einen Angriff denke. Vielmehr wolle es sich in eine Lage versetzen, um einen Angriff abschrecken zu können. England könne nicht seine eigene Sicherheit und die Sicherheit des Weltreiches gewährleisten, noch könne es bei der Befriedung der Welt eine Rolle spielen, wenn nicht die englischen Streitkräfte auf den notwendigen Stand gebracht würden. Es treffe nicht zu, daß das Rüstungsweißbuch in Widerspruch zu den außenpolitischen Erklärungen der englischen Regierung stehe. In diesem Zusammenhang zitierte der Ministerpräsident die kürzliche Rede des Außenministers Eden, in der es hieß, daß die englischen Waffen niemals zu einem Angriff, sondern nur zur Verteidigung englischen Gebietes oder unter Umständen zur Verteidigung Frankreichs und Belgiens und — wenn ein neuer Westpakt erzielt werde — zur Verteidigung Deutschlands benutzt werden würden.

Der Ministerpräsident fuhr fort: Das Ziel aller Parteien in England ist und bleibt dasselbe, nämlich die Aufrechterhaltung des Friedens. Wir haben versucht, ihn durch den Völkerbund auszubauen. Wenn dieser Versuch fehlgeschlagen ist, so nehmen wir diesen Fehlschlag doch nicht endgültig hin. Wir haben keineswegs unsere Hoffnungen und unser Ziel aufgegeben, den Frieden aufrechtzuerhalten. Wir haben versucht, eine internationale Konstruktion für diesen Zweck zu schaffen. Diese war bei dem ersten Versuch nicht in der Lage, dem Gewicht standzuhalten, das man ihr auferlegte. Die Regierung bemühte sich, den Frieden durch einen Pakt herbeizuführen, der an Stelle des alten Locarnopaktes treten soll. Ich glaube, daß in der nächsten Zukunft der hoffnungsvollste Ausblick derjenige auf einen Regionalpakt ist. In dem Europa von heute ist es schon etwas wert, wenn man wenigstens in einem Teil das Gefühl der Sicherheit besitzt, von wo aus diese einmal erreichte Sicherheit sich dann auf andere Gebiete Europas ausdehnen könnte. Wir halten Regionalpakte für äußerst wichtig. Das Haus muß aber erkennen, daß der Völkerbund der Jetztzeit von dem ursprünglich beabsichtigten Völkerbund abweicht und daß die Schwierigkeiten, die auf dem Wege derjenigen liegen, die für kollektive Sicherheit in dem Völkerbund zu arbeiten versuchen, in dem einige der mächtigsten und höchstgerüsteten Nationen der Welt fehlen, fast unüberwindbar sind.

Einer der Hauptgründe für die Unruhe in Europa in den letzten zwei oder drei Jahren ist auf das Fehlen eines Gleichgewichtes zwischen den Verpflichtungen Englands und seiner materiellen Stärke zurückzuführen. Wir haben gefunden, daß, je mehr unsere Verpflichtungen unsere materielle Stärke übersteigen, es um so schwieriger auch für uns wurde, zu tun, was wir wollten. Was ist das Ziel der kollektiven Sicherheit? Es liegt darin, daß die Kräfte der Ordnung stärker sein sollen als die der Unordnung. Es geht nicht nur um den Sieg in einem Kriege. Wenn heute ein Krieg in Europa ausbricht, wird es kein lokalisierter Krieg sein, er wird ganz Europa erfassen — das Schrecklichste, was man sich vorstellen kann. Wenn die Kräfte dabei ungefähr gleich sind, wird man eine Wiederholung erleben, aber mit noch größeren Schrecken. Der Gedanke kollektiver Sicherheit war der, daß auf einer Seite eine so überwältigende Mehrheit sein sollte, daß kein Staat angreifen könnte. Das wäre tatsächlich so gewesen, wenn der Völkerbund universell gewesen wäre. Wenn man aber seine Verpflichtungen auf dem Gebiet kollektiver Sicherheit erfüllen will, muß man stark genug sein, um sich selbst zu verteidigen. Wenn es einen Pakt gäbe für gegenseitigen Beistand gegen Angriff zwischen den Völkern Westeuropas, so glaube ich, daß ein solcher Pakt den Frieden aufrechterhalten könnte. Würde er aber gebrochen und England gehörte zu diesem Pakt, so würde es sich im Augenblick im Gegensatz zu einer erstklassigen Militär- und Luftmacht in Europa befinden.

Unter jeder Form kollektiver Sicherheit würde England als erstes die Luftgefahr verspüren, vorausgesetzt, daß das Land, gegen das die kollektive Sicherheit mobilisiert wird, so nahe liegt, daß es England bombardieren könnte. Daher würde es für England sehr gefährlich sein, sich irgendeiner Sicherheitsbürgschaft dieser Art anzuschließen, solange es nicht in der Lage ist, andere Länder voll zu unterstützen oder sich selbst genügend zu verteidigen. Bemerkenswert an der Rede Baldwins war noch eine Stelle, in der er erklärte, daß eine ganze Generation an der Finanzierung dieser Rüstung würde arbeiten müssen.

Explosion auf amerikanischem Schlachtschiff – Fünf Tote

Los Angeles, 19. Februar.

Nach einem Funkspruch des Oberkommandierenden der amerikanischen Flotte hat sich an Bord des Schlachtschiffes „Wyoming", das jetzt als Schulschiff dient, ein schweres Unglück ereignet. Während eines Uebungsschießens ereignete sich in einem Geschützturm eine Explosion, bei der Kapitän Trumble sowie 5 Mann der Besatzung getötet wurden. Zehn Mann wurden zum Teil schwer verletzt. Das Explosionsunglück ist darauf zurückzuführen, daß während des Uebungsschießens die Granate eines fünfzölligen Geschützes beim Laden explodierte. Das Schlachtschiff ist inzwischen in Begleitung des Flaggschiffes „Pennsylvania" in San Pedro eingelaufen. Sechs Schwerverwundete wurden an Bord des Lazarettschiffes „Relief" gebracht und dort operiert. Zwei von ihnen sind bereits aufgegeben worden. Unter dem Vorsitz des Admirals Brown wird an Bord der „Wyoming" ein Untersuchungsgericht zusammentreten.

Das Unglück ereignete sich am letzten Tage der Manöver, die ein großer Teil der Pazifik-Flotte gemeinsam mit der Luftwaffe vor der Insel San Clemente durchführte und die bis jetzt geheimgehalten worden waren.

Falschmünzerbande in Warschau verhaftet

Warschau, 19. Februar.

Die Warschauer Polizei verhaftete eine aus sechs Köpfen bestehende Falschmünzerbande und 18 Leute, die sich mit dem Vertrieb der außerordentlich geschickt gefälschten Fünf- und Zehn-Zloty-Stücke befaßt hatten. Die Falschmünzerwerkstatt war mit den modernsten Maschinen ausgestattet.

Katholischer Verleger in Polen wegen Beleidigung des Führers verurteilt. Das Strafgericht in Rybnik verurteilte den Herausgeber der Katholischen Volkszeitung, Arthur Trunkhard, wegen Beleidigung des Reichskanzlers Adolf Hitler als fremden Staatsoberhauptes zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist auf drei Jahre.